

Revue der Bundestagswahlen

Zum ersten Male in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus haben am 6. September freie Wahlen, an denen sich 86,2 vH der Stimmberechtigten beteiligten, eine absolute Majorität für eine Partei ergeben, in diesem Falle für die CDU/CSU. Dieses Resultat verursacht nicht nur den geschlagenen oder gar bis zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückten Gruppen Unbehagen, Sorgen und Bedenken. Wir wollen dabei von Stimmen der Beunruhigung aus dem Auslande ganz absehen. Tatsache ist, daß in einem in bezug auf Demokratie ungeübten Volke das — in der Vergangenheit auch schon mißbrauchte — demokratische Instrument der allgemeinen und freien Wahlen eine eindeutige Gefolgschaft der Mehrheit für den Bundeskanzler erbrachte. Dies, obgleich das Wahlrecht praktisch auf das Prinzip der Verhältniswahl hinauslief. Die Opposition insgesamt wurde so geschwächt, daß sie von der parlamentarisch-politischen Mitwirkung ausgeschlossen werden könnte. Sie kann selbst verfassungsändernde Gesetze nicht mehr aufhalten. Der Zustand, der sich ergeben hat, zeigt viele Merkmale eines grundsätzlichen Wandels. Ein Auspendeln der Gegensätze scheint für lange Zeit ausgeschlossen, der Gleichgewichtsregulator selbst ist nicht intakt. Noch ist nicht zu übersehen, wie die Dinge sich entwickeln werden. Doch verstärken die bekanntgewordenen

Pläne für ein Informationsministerium und die Ankündigung aller möglichen, von demokratischer Einsicht nicht gehemmen Gleichschaltungsabsichten zunächst die Befürchtungen, die sich angesichts des geradezu überwältigenden Sieges der Koalition aufdrängen. Sie übertönen die Verheißung des Kanzlers auf eine Politik des Maßhaltens. Eine möglichst genaue Wertung der Wahlergebnisse und ihrer Voraussetzungen erweist sich als unumgänglich notwendig, schon weil der 6. September sich in Wahrheit als geschichtliches Ereignis erweisen könnte. Es dürfte danach nicht weitergehen wie bisher. Nur selbstmörderische Blindheit könnte die neuen Bedingungen der Lage verkennen.

Die Geschlagenen

Wie in diesen Heften schon dargetan, durften jene Regungen, die zusammen als Neonazismus bezeichnet werden müssen, nicht überschätzt werden. Von einer „Rückkehr der Nazis in Deutschland“, von der ausländische Sensationsberichte handelten, konnte nicht die Rede sein. Das Wahlergebnis hat unsere Einschätzung bestätigt. Der „Aufbruch der Frontgeneration“ zu einer „Nationalen Sammlung“ ist kläglich versandet, die Deutsche Reichspartei selbst in den ehemaligen Hochburgen der SRP, in einigen flüchtlingsüberfüllten Kreisen Niedersachsens, geschlagen worden. Die Neonazis brachten es insgesamt auf nur 380 000 Stimmen, klägliche 1,5 vH.

Geschlagen wurde auch die Deutsche Partei, die sich von der Mitarbeit ehemals prominenter Nazis etwas versprochen hatte. Ihr Stimmenanteil sank von 5 auf 3,3 vH. (Immer im Verhältnis zu 1949.) In ihrem weifischen Mutterlande bewahrte sie zwar einen Teil ihres Wählerstammes, mußte jedoch einen absoluten Verlust von 134 000 Stimmen hinnehmen. In Hamburg verlor sie ungefähr die Hälfte ihrer Stimmen. Nur mit Hilfe eines Bündnisses mit CDU und FDP errang sie zwei — unverdiente — Mandate. Hier in Hamburg erscheint aber zugleich der von ihr hervorgehobene Konservatismus besonders bezweifelbar. Ihr Bundestagsabgeordneter *Albert Walter*, angeblich Seemann, als „Ratgeber und Helfer der Fahrensleute“ gepriesen, war bis 1933 Generalsekretär der kommunistischen „Internationale der Seeleute und Hafendarbeiter“. Nach 1933 stand er zu einem leitenden Gestapobeamten in besten Beziehungen und schrieb für Goebbels eine Broschüre mit glühenden Bekenntnissen zu Hitler. 1948 kroch er bei der DP unter.

In Schleswig-Holstein sank der Anteil der DP-Stimmen von 12,1 auf 4 vH. Ihr Vorstoß nach Bayern mit Hilfe alter Deutschnationaler blieb gänzlich erfolglos. Einzig in Bremen vermochte sie sich zu halten.

Dreierlei läßt sich aus diesem Ergebnis für die „Opposition in der Koalition“ ablesen. Erstens: die Indienststellung von alten Nazis geschah nicht zu Nutzen, sondern zu Schaden der gleichgewichtslosen Partei. Der Nazismus erlebt keine neue Konjunktur, er ist zur Sekte abgesunken. Zweitens: die Blühträume des Föderalismus, der ein Grundelement der DP ist, beginnen zu welken. Drittens: die krasse Besitzer-Politik dieser Partei, ihr wütender Anti-Marxismus und ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit haben ihr keinen neuen Anhang verschafft, teils, weil andere Parteien darin erfolgreicher mit ihr wetteiferten, teils aber auch, weil die große Mehrheit der Wähler gefühlsmäßig auf Maßhalten und Versöhnung drängte.

Wie vorauszusehen war, gehört auch die FDP zu den Verlierern des 6. September. Dazu haben die verwirrenden Auseinandersetzungen zwischen ihrem rechten und ihrem liberalen Flügel merklich beigetragen. Während sie 1949 11,9 vH der abgegebenen Stimmen erhielt, vermochte sie diesmal nur 9,5 vH auf ihre Listen zu vereinigen. Dabei kann keine Rede davon sein, daß sich nun ihr rechter Flügel durchgesetzt habe. Wohl sind in Niedersachsen die „rechten“ Herren *Stegner*, *Onnen* und *Mießner* über die

Landesliste in den Bundestag gelangt, in Oldenburg und Göttingen wurde aber je ein Mitglied ihres gemäßigten Flügels direkt gewählt. Der Bundestagsfraktion der FDP gehören auch der bisherige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, *Reinhold Maier*, und der außenpolitische Opponent Dr. Adenauers, *Pfleiderer*, an, der im Wahlkreis Waiblingen mit 32,9 vH aller Stimmen gegen CDU und SPD sein Mandat errang.

Was für die DP gesagt wurde, trifft zum Teil auch für die FDP zu. Diejenigen, die den rechten Flügel stark machen wollten, sahen sich von der Volksmeinung überflügelt, die sich gegen Extreme wandte.

Zu den Geschlagenen in der letzten Wahlentscheidung gehört auch die SSW, die dänische Südschleswigsche Wählervereinigung, die bisher im Bundestag durch den maßvollen früheren deutschen Sozialdemokraten *Hermann Clausen* vertreten war. Während 1949 die Dänen — d. h. die kleine echte dänische Minderheit und die zahlreicheren Neudänen, die nach 1945 durch höchst materielle Lockungen, aus Reichsverdrossenheit und Kriegsmüdigkeit, aus Ärger über den Flüchtlingsdruck für eine Angliederung Schleswigs an Dänemark gewonnen wurden — noch 75 000 Stimmen erhielten, ist diese Zahl seither konstant gesunken. Sie beträgt noch ungefähr 44 000. Die Irredenta stirbt als natürliche Folge der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung der Bundesrepublik allmählich ab. Der Besuch dänischer Schulen erweist sich immer deutlicher als eine Erschwerung der wirtschaftlichen Zukunft der Schüler. Die Forderung europäischer Integration macht die kostspielige Abtrennungspropaganda zu einem hoffnungslosen Anachronismus. Der Streit um Deutsch- oder Dänentum in Schleswig ist übrigens kaum ein Streit mit dem offiziellen Dänemark, das sich weislich hütete, diesbezügliche staatspolitische Forderungen zu erheben. Dennoch wird die dänische Stellung in Schleswig noch weiter verteidigt werden, auch mit beträchtlichen Staatszuschüssen für Schul-, Volksbildungs- und Fürsorgewesen. Die Erklärung dafür ist in der gegensatzreichen geschichtlichen Entwicklung zu suchen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

Zu bemerken ist, daß kein unabhängiger Kandidat sich gegen die entschiedene Wählermeinung behaupten konnte.

Die selbständige politische Rolle des Zentrums, das nur über den kümmerlichen Umweg eines Kompromisses mit der CDU zu drei Mandaten kam, scheint ausgespielt. Sieben von zehn seiner früheren Wähler haben am 6. September die CDU vorgezogen. Selbst wenn unentwegte Zentrumsfunktionäre — ähnlich wie auch Funktionäre der Bayernpartei — sich noch dem logischen Schluß der Liquidation widersetzen, so dürfte doch die Zeit über die Trümmer einer einst mächtigen Partei hinwegschreiten.

Mit 12 Mandaten war am 14. August 1949 die WAV des früheren bayrischen Entnazifizierungsministers *Alfred Loritz* in den Bundestag eingezogen. Zu Ende der Legislaturperiode hatten sie sich bis auf fünf zum Teil in Skandale verwickelt, in andere Parteien begeben oder als „Unabhängige“ deklariert. Herr Loritz versuchte zwar krampfhaft, mit der nationalistischen Rechten in ein neues trübes Geschäft zu kommen. Die Wähler aber haben sich für das von dieser verworrenen Partei Demonstrierte bedankt. Die WAV und ihre Umbildungen sind wie Blasen zerplatzt. Es bleibt die flüchtige Erinnerung an eines der unerfreulichsten Kapitel der Geschichte deutscher Nachkriegsparteien.

Eine vielleicht endgültige Abfuhr hat die deutsche Wählerschaft auch den sonstigen politischen Sekten und Parteisplittern erteilt.

Restlos erfreulich ist die Niederlage der KPD. Sie erhielt im ganzen Bundesgebiet nur noch 607 000 Stimmen, 2,2 vH. In keinem Wahlkreise reichte ihre Anhängerschaft auch nur annähernd zu einem Mandat. Selbst wenn man die verschwendeten 318 000 Stimmen für die GVP zu einem Teil als kommunistische wertet, bleibt eine Halbierung der kommunistischen Stimmenzahl seit 1949. Die öffentliche KPD ist zur Ruine geworden. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die allzu nahe Wirklichkeit eines

kommunistischen Regimes machte alle unehrlichen Propagandaversuche in der Bundesrepublik zunichte. Ihre Anhang- und Tarnorganisationen wurden laufend entlarvt und denunziert. Der 17. Juni erschütterte ihre Organisation. Nur an einigen Orten war es ihr möglich, ungestörte Versammlungen abzuhalten. Ihre Unpopularität hatte sich selbst auf die neutralistische GVP übertragen, die über den „Bund der Deutschen“ mit den Kommunisten zusammenhing.

Dem neuen Bundestag wird kein Mitglied der Fünften Kolonne Moskaus mehr angehören. Dennoch sollte man nicht darauf verfallen, gegenüber diesem immer noch wohlfinanzierten, taktisch gänzlich grundsatzlosen Gegner innerpolitisch abzurüsten. Der kommunistische „Apparat“ ist vermutlich noch intakt. Der Ausschluß der KPD von der parlamentarischen Öffentlichkeit bedeutet kein Ende ihrer Zersetzungsbestrebungen. Ihr Bündnis mit mächtigen Deutschenfeinden in der Welt verlangt neben der polizeilichen auch fortgesetzte politische Wachsamkeit.

Diese Übersicht über die Verliererlisten der Wahl — Verlierer verschiedenen Grades und verschiedener Tendenz — ergibt zunächst die einheitliche Feststellung, daß der deutsche Wähler sich den Splittergruppen wie dem offenen Radikalismus von links und rechts wie auch dem extremen Föderalismus der Landesparteien versagte. Er zeigte sich einer ungezügelten Sprache abhold, setzte sich über alte Traditionen hinweg und wählte gegenwartsbezogen.

Die Opposition

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wählten von 36 700 000 wahlberechtigten Reichsdeutschen 11 509 000 sozialdemokratisch. Das war der Gipfelpunkt sozialdemokratischer Wahlerfolge. Am 6. September haben von 33 039 000 wahlberechtigten Bürgern der Bundesrepublik 7 939 000 für die SPD gestimmt. Könnten die rund 10 000 000 Wähler der sogenannten DDR hinzugezählt werden, so würde sich vermutlich ergeben, daß die SPD seit den unter besonderen Bedingungen verlaufenen Wahlen zur Nationalversammlung die höchste absolute Stimmenzahl auf sich vereinigt haben würde. Wenn man den Prozentteil der Wahlbeteiligung in Betracht zieht, wird erkennbar, daß eine höhere Wahlbeteiligung das relative Ergebnis für die SPD in der Regel ungünstig beeinflußte. Die Partei wurde in Wahlkämpfen eigentlich niemals geschlagen. Sie erlitt Niederlagen, weil sie im wesentlichen eine Klassenpartei blieb, belastet mit Theorien und Grundsatzprogrammen, die von der Zeit verworfen waren. Sie hatte nie ein echtes Verhältnis zur Macht in einer modernen Demokratie entwickeln können, so demokratisch reell sie sich auch stets verhalten hat. Nach 1945 begab sie sich zwar auf den Weg einer allgemeinen Volkspartei, Sie vermochte aber den Wählern, die sie hätte gewinnen müssen, wenn ihr Gewicht mitentscheidend werden sollte, dies nicht glaubhaft zu machen. In diesem Zusammenhang ist zu vermerken, daß sie im letzten Wahlkampf gegen eine Flut von Verleumdungen, die aus dem Greuelrepertoire des vergangenen „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ hätten stammen können, zu kämpfen hatte, die sich als wirksame Schreckmittel bei den Mittelschichten erwiesen. Die SPD hatte den Boden der Weltanschauungspartei längst verlassen und wurde dennoch bezichtigt, eine marxistische Partei, ein Vorhof gewissermaßen des Bolschewismus zu sein. Dies ungeachtet ihres zähen Kampfes gegen den Kommunismus in all seinen Schattierungen, ihrer Frontbildung bis in den letzten Betrieb und der Toten, die zwischen ihr und dem Kommunismus liegen.

Die SPD hatte diesen Wahlkampf mit Parolen geführt, die ihr den Durchbruch zu neuen Wählerschichten verbauten. Das „Wirtschaftswunder“ gab augenscheinlich Prof. Erhard recht, obgleich es auf der unverdrossenen Arbeitsamkeit derer beruht, die für ein paar Zigaretten Gegenwert, in Werkhallen ohne Dach und Fenster, kärglichst

ERNST RIGGERT

ernährt und frierend vor der Geldreform seine Grundlage schufen. Die Propaganda der SPD gegen eine „Politik der Stärke“ wurde als eine allgemeine Ablehnung verstanden und verworfen, ohne rechte Erörterung dessen, was damit unter den gegebenen Bedingungen gemeint war. Auch die redliche Person *Ollenhauers* hat dem Durchschnittswähler nicht imponiert. Ein Mann, dessen Haupttrium seine Gutmütigkeit und Unauffälligkeit ist, mußte gegenüber dem Volkstribunen *Schumacher* und der unbeugsamen Entschiedenheit *Adenauers* abfallen. Das Dortmunder Programm der SPD war allgemein zu langsam. Vor allem enthielt es viele Dinge nicht, auf die Millionen auch eine Antwort erwartet hatten. So erschien die Partei wehrpolitisch eher neutralistisch, wirtschaftspolitisch noch zu dogmatisch sozialistisch. Sie unterschätzte zugleich die Europa-Sehnsüchte weiter Kreise der Bevölkerung.

Die fast 8 000 000 Stimmen, die nach einem schweren Wahlkampf auf die SPD entfielen, 28,8 vH der Stimmen, aber kein Drittel der Mandate, sind danach wahrlich imponierend und des Maßhaltens ihnen gegenüber wert. Aber die Partei wird sich auch überlegen müssen, was in Theorie und Praxis zu revidieren sein wird, wenn sie einmal dahin gelangen will, daß ohne sie nicht mehr regiert werden kann.

Von vielen Seiten ist der Wahlaufbruch des DGB, der das Mißverhältnis zwischen sozialpolitischer Erfüllung und Forderung als Begründung für den Appell, einen besseren Bundestag zu wählen, genommen hatte, als eine Wahlunterstützung der SPD ausgelegt worden. Die SPD ist über dieses Mißverständnis wahrscheinlich anderer Meinung, insbesondere in bezug auf das Schicksal ihrer Versuche, Wähler aus den Mittelschichten zu gewinnen. Es ist hier nicht der Ort, die zahlreichen Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft zu besprechen, die wohlberechnet diesem Aufrufe folgten. Als Resultat der Wahl ergibt sich jedenfalls ein nennenswerter Zuwachs von Mitgliedern der Gewerkschaften in der Fraktion der CDU/CSU. Die Gewerkschafter selber scheinen also den Aufruf des Bundesvorstands nicht als parteipolitische Stellungnahme aufgefaßt zu haben.

Gesamtdeutscher Block I BHE

Mit 27 Mandaten auf Grund eines Stimmanteils von 5,9 vH zieht zum ersten Male der Gesamtdeutsche Block / BHE in den Bundestag ein. Dies Wahlergebnis dürfte für den Parteivorsitzenden *Kraft* enttäuschend genug gewesen sein. Der GB entwickelt sich mit den schwindenden Anlässen seiner Agitation deutlich zurück. Das Wahlergebnis des hauptsächlich Flüchtlingslandes Schleswig-Holstein, in dem der GB/BHE seit der Landtagswahl 1950 rund die Hälfte aller Stimmen wieder einbüßte, beleuchtet diese Tatsache. Da sich Waldemar Kraft schon vor den Wahlen der außenpolitischen Linie des Bundeskanzlers verschrieben hat, werden die 27 Abgeordneten seiner Partei schon dem gegenwärtigen Regierungsflügel zugerechnet, obgleich die Entscheidung noch offen ist. Enttäuschte Wähler des GB in Schleswig-Holstein, soweit sie sich noch im Lande befinden, dürften zur CDU abgewandert sein.

Die Sieger

Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg. Wie er zustande kam, wie bedingt er ist, wie dauerhaft er scheint, das ist für eine Entscheidung der Massen weniger ausschlaggebend. So haben 12 400 000 Deutsche CDU/CSU und den Bundeskanzler Konrad Adenauer gewählt. Nachdrücklich unterstützt wurde die von Beobachtern und Meinungsforschungsinstituten schon frühzeitig erkannte Tendenz durch eine Flut von Broschüren, durch Folgen ganzseitiger Inserate, durch einen enormen Wahlaufwand, der von den verschiedenen „Vereinigungen zur Wirtschaftsförderung“ steuerfrei finanziert wurde. Die sommerliche Heiterkeit des Wahlsonntags begünstigte die hohe Wahlbeteiligung. Gewählt haben offenbar auch die Jungwähler, die weniger aufdringlichen Entscheidungen vorher noch ferngeblieben waren.

Die Besserung der Wirtschaftslage, die Aufbauertfolge, der internationale Wettbewerb um deutsche Beteiligung an der Aufrüstung des Westens, die Aussicht auf neue Souveränität, die gute Meinung der dollarspendenden USA über die Politik der Bundesregierung (die in anderen Ländern mißtrauisch gemacht haben würde), das alles erklärt jenes überraschende Wahlergebnis.

Wo vor Jahr und Tag noch schwere Bedenken vorherrschten wegen der nicht gelösten Kriegsverurteiltenfrage, des französischen Griffes nach der Saar, der EVG-Schwierigkeiten und des beklemmenden Schicksals der Sowjetzone, erwiesen sich diese als überwunden oder beiseite gelegt. Das wurde auch durch geschickte Propaganda erreicht. Doch haben ebenso politische Ereignisse dazu beigetragen. Die Demonstrationen des 17. Juni in der Sowjetzone zum Beispiel haben Hoffnungen auf eine baldige Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung erweckt, die der Kanzler kräftig unterstrich und förderte. Das Problem schien seine lastende Schwere und Aussichtslosigkeit plötzlich verloren zu haben. Aus der Sowjetzone ankommende Flüchtlinge begrüßten in Adenauer den kommenden Befreier. Die nüchterne Meinung der SPD, man solle zuerst auf Viermäditebesprechungen drängen und das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion als Realität einkalkulieren, wurde vielfach mißtrauisch aufgenommen. Der Aufruf Pankows gegen Adenauer wirkte in gewissen Wählerschichten gegen die SPD. Gewiß wurden nicht überall alle Schwierigkeiten übersehen. Aber, so dachte und fühlte man, es werde sich alles ergeben, wenn die Bundesrepublik erst einmal in den Bund des Westens eingeordnet sei. Wenn man dann sozusagen am Tische sitze, werde es möglich sein, ganz anders mitzureden. Einerlei, wie richtig, realistisch, unwirklich oder verblendet solche Vorstellungen und Gefühle erscheinen mögen, sie haben jene Welle des Optimismus miterzeugt, die dem Bundeskanzler die absolute Mehrheit im Bundestag eingetragen hat.

Zu Anfang des Jahres noch war eine Ablehnung des geforderten deutschen Wehrbeitrages fast allgemein verbreitet, auch in den Einflußbereichen der Koalition. In den Monaten vor den Wahlen hat sich ohne eigentliche Wehrpropaganda die Stimmung auch in dieser Hinsicht gewandelt. Ob sie sich so einheitlich bewähren wird, wenn in den kommenden Monaten das Programm für Heimatverteidigung und EVG in seinen Umrissen erkennbar wird, bleibt abzuwarten.

In den neuen Bundestag sind auch einige bekanntere ehemalige Berufssoldaten gewählt worden, für die CDU der Admiral der Kleinkampfverbände der Kriegsmarine, *Hellmuth Heye*, der sich als „Vertreter der Marine“ bezeichnet, für die FDP der General der Panzertruppen a. D. *Hasso von Manteuffel*. Über die niedersächsische Landesliste der CDU gelangte außerdem noch der Kapitän z. S. a. D. *Johannes Kortmann* in den Bundestag. Die anderen von Rechtsgruppen, GVP, FDP, DP und CDU präsentierten Soldatenkandidaten unterlagen allesamt. Aber von den neugewählten Bundestagsabgeordneten nahmen 103 (52 der CDU/CSU, 24 der SPD, 9 der FDP, 5 der DP, 12 des BHE und einer des Zentrums) in ihren Lebensläufen ausdrücklich Bezug auf ihr Frontsoldatentum in einem der beiden Weltkriege. auch das ist ein Zeichen der schnellen Entwicklung von der äußersten Verachtung deutschen Soldatentums, dem Verbot selbst jedes Kriegervereins und jeder militärischen Uniform bis zur Verbrüderung mit den früheren Kriegsgegnern.

Die Verantwortung

Man hat die Wahlentscheidung etwas voreilig als eine Hinwendung zum Zweiparteiensystem gedeutet. Es ist jedoch kaum glaubhaft zu machen, daß diese Tendenz sich fortsetzen wird, es sei denn, sie werde durch ein neues Wahlgesetz vorgeschrieben.

Die Entscheidungen des neuen Bundestages könnten im vergrößerten Fraktionszimmer der CDU/CSU praktisch vorweggenommen werden. Zur CDU/CSU gehören

ERNST RIGGERT

aber Angehörige beider Konfessionen, aller sozialen Schichten und Interessengruppen — nicht wenige aktive Gewerkschafter — ausgesprochene Föderalisten und Unitaristen. Eine zentralisierende Gleichschaltung dieser Gruppen durch die Fraktionsführung scheint kaum möglich. Vielmehr dürfte es zu einer Belebung und Entfaltung gegensätzlicher Interessen und zu ihrem Austrag und Ausgleich innerhalb der Mehrheitspartei kommen. Sie könnte sich als eine wahrhafte Volkspartei bewähren. Das wünschen auf alle Fälle ungezählte ihrer Wähler. Zugleich müßte das Verhältnis zur Opposition, die fast 8 000 000 meist politisch bewußte Wähler vertritt, nach demokratischen Spielregeln geordnet werden. Anzustreben wäre für die kommenden schweren Jahre eine Gemeinsamkeit der Außenpolitik. Jede Gleichschaltung und die Verfolgung eines autoritären Kurses würden ein offenes Verhängnis bedeuten.

Der einzig verbliebenen Oppositionspartei fällt — nicht nur ihrer eigenen Wähler wegen — gleichfalls eine erhöhte Verantwortung zu. Sie muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie einmal die Regierung ablösen kann. Nur das kann der Sinn einer demokratischen Opposition sein, die von der Sorge um die gemeinsame vaterländische Sache getrieben wird. Sie wird prüfen müssen, wie sie sich angesichts veränderter Reaktionen der Massen verständlich machen kann, wie sie aus dem „Turm“ herauskommt, in dem sie zur großen Partei wurde. Das System der Maginot-Linien und Westwälle ist nicht nur militärisch, es ist auch politisch überholt. Die parlamentarische Demokratie ist ein Kind des Liberalismus. Sie setzt bei allen echt Beteiligten eine liberale Grundhaltung und Beweglichkeit voraus, wenn sie funktionieren soll. Es gibt für sie keine endgültigen Lösungen.

WALTER DIRKS

Man kann die spätere CDU überhaupt nicht richtig verstehen, wenn man sie nicht als die antisozialistische Partei versteht. In der ersten Zeit hatte sie immerhin außer dem Konkurrenten links auf der anderen Seite in der FDP (damals LDP) auch einen bürgerlichen Konkurrenten; damals verstand sie sich als die soziale Mitte. Aber im ersten Bundestag schloß sie mit der FDP und der Deutschen Partei jenen festen Pakt, welcher der FDP den Stuhl des Bundespräsidenten und der CDU die Führung der Regierung zuwies — einen Pakt, der um so fester war, als er unter den durch das Grundgesetz gegebenen Umständen für volle vier Jahre faktisch unkündbar war. Von da an war die Sozialdemokratie der Gegner der CDU schlechthin. Diese innerdeutsche Fixierung auf den Antisozialismus geschah zu derselben Zeit, da sich in der westlichen Welt ein entschiedener Antibolschewismus durchsetzte. Das half mit, die CDU auf ein bürgerliches Bewußtsein festzulegen. Die Sozialdemokraten selbst haben mitgeholfen, diesen Gegensatz zu fixieren. Schon dadurch, daß sie sich selbst restaurierten, das heißt: daß sie 1945 zu geringe Anstrengungen gemacht haben, nach der zwölfjährigen Unterbrechung ihrer Arbeit, nach Nationalsozialismus und Krieg, sich auf dem Trümmerfeld personal .und ideologisch neu zu konstituieren. (Frankfurter Hefte, September 1953)